



Rund um den Holsterturm

Mai 2020

Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten!

Wenn man liest was in der Presse oder im Internet von Bürgermeisterkandidaten verbreitet wird, muss man den Eindruck gewinnen: Kommunalpolitik ist eine „One-man-Show“. Der Bürgermeister ist „Chef“ und bestimmt, was kommunal gestaltet werden soll.

Ob Wunsch oder gängige Praxis; die Aufgaben der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters innerhalb einer Gemeinde sind in der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Teil 6 beschrieben. Textlich vorher, nämlich in Teil 5 der Gemeindeordnung, wird die Stellung des Rates beschrieben.

Dort ist klar geregelt, dass der Rat der Gemeinde **für alle Angelegenheiten** der Gemeindeverwaltung zuständig ist.

Das zur Klarstellung der rechtlichen Wertigkeit. Der Rat steht eigentlich an vorderer Stelle.

Im September, so der aktuelle Stand, wird eine Kommunalwahl stattfinden.

Die Bürgerinnen und Bürger in Nieheim haben dann die Möglichkeit einen neuen Rat zu wählen. **Und dieser Rat wird hoffentlich die Gestaltung der Kommunalpolitik für unsere Heimatstadt übernehmen.**

Wir Sozialdemokraten in Nieheim wollen da auch in Zukunft ein wichtiges Wort mitreden.

Unter dem Motto „**Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten!**“ werden wir unsere kommunalpolitischen Vorstellungen deutlich machen. Das soll bedeuten: wir wollen weiter daran arbeiten unsere Stadt weiter zu entwickeln. Wie bisher.

Ein konkretes Programm werden wir rechtzeitig vor der Kommunalwahl vorstellen.

Vorab schon mal dies: Auf die Kommunen werden noch nicht abschätzbare Belastungen zukommen.

Da wird es wichtig sein, dass mögliche finanzielle Belastungen nicht in erster Linie auf die wirtschaftlich Schwachen abgewälzt werden. Die SPD wird - wie in der Vergangenheit - der Steuer- und Gebührenpolitik der Stadt besondere Aufmerksamkeit widmen.



Auf unseren vernünftigen Kurs können sich die Bürgerinnen und Bürger weiter verlassen.

Die Wohn- und Lebensqualität im Ortskern und in den Dörfern muss kontinuierlich beobachtet, angepasst und verbessert werden. Fördermöglichkeiten müssen konse-

quent genutzt, das bürgerschaftliche Engagement und Initiativen müssen finanziell angemessen unterstützt werden.

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung wird auch in Nieheim weiter steigen. Wir werden deshalb eine Verbesserung der Infrastruktur für Senioren voranbringen müssen. Das „Soziale Netz“ für ältere Menschen muss deutlich besser geknüpft werden.

Kommunale Klimapolitik fordert eine umfassende Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten einer Gemeinde, kommunale Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf das Klima zu überprüfen und zu gestalten.

Kommunaler Klimaschutz muss deshalb mehr sein als „Symbolpolitik“.

Wer mit einem „Klimapark“ den Herausforderungen des Klimawandels begegnen will, hat den Ernst der Lage nicht erkannt.

Wie gesagt. Unsere Vorstellungen zur zukünftigen Kommunalpolitik in Nieheim werden wir rechtzeitig erläutern. Und unser zukünftiges Kommunal-Team werden wir dann auch präsentieren.

**Die Nieheimer SPD ist die
Kommunalpartei:
sozial, demokratisch, heimat-
und umweltorientiert!**



Info

In der nächsten Woche startet nach längerer Pause wieder die kommunalpolitische Arbeit in den politischen Gremien der Stadt.

Damit sich nicht der gesamte Rat treffen muss (23 Mitglieder), sind aus Sicherheitsgründen (Abstandsgebot) die Aufgaben des Rates vorübergehend auf den Haupt- und Finanzausschuss (11 Mitglieder) übertragen worden. Die Mehrheitsverhältnisse bleiben unberührt.

Die Sitzung findet am 7. Mai in der Grundschule statt. Die

Sitzung ist öffentlich.

Gewerbegebiet

Der Stadt liegt eine Anfrage auf „Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage“ im Nieheimer Gewerbegebiet vor.

Die SPD geht davon aus, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 7. Mai (wie bereits der Nieheimer Ortsausschuss Anfang März) dem eine Absage erteilt. Dazu ist eine Änderung des Bebauungsplans notwendig.

Die ohnehin knapp vorhandenen

Flächenreserven im Nieheimer Gewerbegebiet müssen für Gewerbebetriebe zur Verfügung stehen, die Arbeitsplätze schaffen.

Einem Flächenverbrauch für Photovoltaikanlagen kann aus unserer Sicht deshalb nicht zugestimmt werden.

Mit dem Thema „Covid-19-Pandemie“ beschäftigen wir uns im Übrigen in dieser Ausgabe ausdrücklich nicht. Die Faktenlage ändert sich sowieso täglich.

Wir wünschen Ihnen, dass Sie gesund bleiben.

Was lange währt, ...

UK Schon seit Jahren arbeiten, werken oder „wursteln“ verschiedene politische Gremien und die Verwaltung der Stadt an einer neuen Friedhofssatzung. Mit der endgültigen Beratung und dem Beschluss in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.05.2020 kommt dieser Prozess nun zum Abschluss.

Am Anfang der Gespräche stand auch ein beratendes Gremium engagierter Bürgerinnen und Bürger, das sich mit viel Sachkenntnis in die Planungen einbrachte.

Die SPD hätte sich gewünscht, dass diese Form der Beteiligung der Bürgerschaft länger beibehalten worden wäre. Einige der ursprünglichen Ideen und Ratschläge dieses Bürgerforums finden sich in der Vorlage der neuen Satzung wieder und werden von den Ideengebern hoffentlich wieder erkannt.

Nieheim wird mit der neuen Satzung über neue Bestattungsformen verfügen und neue gestalterische Festsetzungen auf seinen Friedhöfen machen. Es bleibt allerdings Aufgabe der Ortsausschüsse, weitere Umsetzungen im Detail in den einzelnen Ortschaften und der Kernstadt um- und durchzusetzen. Die Satzung lässt nämlich noch Spielraum für individuelle Gestaltungsmöglichkeiten auf den einzelnen Friedhöfen.

Als „Meilensteine“ der Satzung sind sicher neue Formen der Urnenbestattung zu erwähnen. Hier bleibt die Möglichkeit einer Gestaltung mit und ohne Beet, die Nutzung von Urnengräbern unter Bäumen und in

Nieheim außerdem noch innerhalb einer Urnenwand (sog. Columbarium).

Die Bestattungsform des Columbariums musste im Rat der Stadt bereits gegen die Stimmen der CDU durchgesetzt werden (wir berichteten). Stichhaltige Argumente, warum die CDU denn gegen diese Form der Bestattung sei, wurden dabei damals nicht vorgebracht!

Wichtig auch, dass zukünftig mit sogenannten anonymen Reihengrabstätten anonyme Sargbestattungen möglich werden.

Mit einer zentralen Grabstätte für Tot- und Frühgeburten – einem sogenannten Sternenhain – schaffen wir in Nieheim darüber hinaus einen wichtigen Ort, um der Trauer um Leben, das so früh zu Ende ist, Raum zu geben!

Mit der neuen Satzung unterstreicht die Stadt Nieheim, wie wichtig ihr das Bestattungswesen in kommunaler Trägerschaft ist. Friedhöfe sind Kulturgut, wichtige Orte der Trauer, aber auch der Begegnung! Wie wichtig uns das ist, spüren wir doch gerade jetzt, wo uns während der Corona-Krise Beerdigungen unter Beteiligung der Trauergemeinde verwehrt sind!

Die kommunalen Friedhöfe müssen aber auch „konkurrenzfähig“ bleiben, sich modernen Bestattungsformen anpassen und neue Gestaltungsmöglichkeiten aufnehmen.

In der Sitzung am 07.05.2020 wird auch über eine neue Friedhofsbührensatzung abgestimmt.

Der SPD ist wichtig, dass die Gebühren nur moderat angepasst werden können, so bestattet zu werden, wie es ihm passt und wie es den trauernden Angehörigen recht ist.

Insbesondere bezüglich der Bestattung von Tot- und Frühgeburten, aber auch bei verstorbenen Kindern und Jugendlichen wird die SPD sich dafür einsetzen, Grab und Bestattungskosten seitens der Stadt gebührenfrei zu stellen. Es sollte den trauernden Eltern nicht zugemutet werden, sich in diesem Schmerz von Verlust und Trennung auch noch um Gebühren und ihre Bezahlung kümmern zu müssen. Die Stadt sollte durch die kostenfreie Gestaltung einer Grabstätte für Verstorbene bis zum 18. Lebensjahr ihre solidarische Trauer mit zum Ausdruck bringen.



Verbraucherberatung im Kreis Höxter: ein langer Weg bis zur Umsetzung

JR Schon seit vielen Jahren fordert die SPD-Kreistagsfraktion die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle im Kreis Höxter. Bislang wurde dies von der Mehrheitsfraktion im Kreistag abgelehnt. So ist der Kreis Höxter nach wie vor einer der fünf weißen Flecken in der NRW-Kreiskarte der Verbraucherberatungsstellen, zum Nachteil für unsere Bürgerinnen und Bürger; denn der Beratungsbedarf ist natürlich auch im Kreis Höxter enorm hoch. Das bezweifelste ernsthaft kein Kommunalpolitiker. Denn auch die benachbarten Verbraucherberatungen in Lippe und Paderborn können keine Beratungen von Nachfragenden außerhalb ihres Kreisgebietes vornehmen.

Der SPD-Fraktion war klar, dass nur mit einem Bündnis möglichst aller Kreistagsfraktionen die bürgernahe Installation einer Verbraucherberatung im Kreis Höxter umsetzbar war. Wir machten uns deshalb sachkundig, bauten Kontakte auf und informierten uns über mögliche finanzielle Förderungen und Konzepte. Kreistagsabgeordnete führten intensive Gespräche mit der Verbraucherzentrale NRW, um den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Höxter über diese Einrichtung, die mit dem direkten Draht in die größten Unternehmen - insbesondere der Energie-, Telekommunikations- sowie Internetbranche - hoch effizient ist, ein Agieren auf Augenhöhe mit der Anbieterseite zu ermöglichen. Auch sollten die Bürgerinnen und Bürger den bewährten vorsorgenden Ansatz der Verbraucherarbeit nutzen können.

Die Verbraucherzentrale entwickelte daraufhin einen neuen Modellan-

satz, mit dem die zurzeit noch bestehende Angebotslücke geschlossen und der strukturelle Nachteil ländlicher Regionen auch im Kreis Höxter gelindert werden kann. Dieser Ansatz umfasst die gezielte Kooperation mit dem Kreis Höxter, wobei durch die Kombination der kreisweiten Infrastruktur mit den Angeboten zeitgemäßer Verbraucherarbeit wertvolle Synergieeffekte erzielt werden können. Der Kreis profitiert in mehrfacher Hinsicht, im Wesentlichen durch:

- die Nähe zum Bürger durch verstärkte "Bringstrukturen" in die Kommunen und Dörfer,
- die Teilhabe bei der Entwicklung innovativer (digitaler) Angebotsformate,
- die Ausrichtung auf kreisspezifische Wünsche und Erfordernisse,
- die Weiterentwicklung des kommunalen Netzwerks durch gezielte Kooperationen,
- die Förderung von Multiplikatorenarbeit und bürgerschaftlichen Engagements,
- die effiziente Umsetzung unter Verzicht auf die klassische "Kommstruktur" mit reinen Vorhaltezzeiten an einem einzigen Standort und hierdurch größtmöglicher Output,
- eine 50 %-ige dauerhafte Landesförderung,
- die niedrigeren Fixkosten durch Verzicht auf anzumietende große Räumlichkeiten.

Ein mobiles Team wird im gesamten Kreisgebiet aktiv und greift auf die im Kreis vorhandenen Strukturen ebenso zurück wie auf die zentralen (digital aufgestellten) Strukturen des Servicecenters der Verbraucher-

zentrale NRW.

Geplant sind: eine breitenwirksame Informations-, Öffentlichkeits- sowie Netzwerk- und Kooperationsarbeit durch Workshops und Vorträge, Aktionen und Kampagnen, Presse- und Medienarbeit sowie Multiplikatoren-Schulungen.

Das gesamte Themenspektrum der Verbraucherberatung als auch zielgruppenspezifische Arbeit (z. B. für Senioren, Jugendliche, Zugewanderte) wird in unterschiedlicher Form (je nach Thema) für den Kreis präsent gemacht.

Dies wird für Individualanfragen um persönliche Lösungsweg- und Erstberatung ergänzt. Eine individuelle persönliche Beratung über ein zentrales Servicecenter (telefonisch, online, Chat etc.) ist in der Entwicklung.

Das Pilotmodell soll auf fünf Jahre angelegt werden.

Unser Kreistagsabgeordneter Johannes Reineke, der an den Gesprächen mit der Verbraucherzentrale NRW beteiligt war und sich schon längere Zeit mit dem Projekt „Mobile Verbraucherberatung“ beschäftigt: „Wir, die SPD-Kreistagsfraktion, sind optimistisch, dass die Umsetzung dieses Modells im Kreis Höxter realisiert werden kann, aber nur, wenn ein Bündnis aller Kreistagsfraktionen zustande kommt und die Verbraucherberatung nicht zwischen die Fronten des Kommunalwahlkampfes gerät.

Das Modellprojekt wurde bereits den Bürgermeistern im Kreis Höxter vorgestellt und von ihnen als realisierbar beurteilt. Jetzt haben die Kreistagsgremien das letzte Wort.“

Rund um den Holsterturm
SPD-Stadtverband Nieheim
Abt-Warin-Weg 21 33039 Nieheim

Mitarbeiter: Klara Heinemann, Wolfgang Kuckuk, Ulrich Kros, Johannes Reineke
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Stadtverbandes wieder.

Redaktionsschluss 25.04.2020

Auflage: 2500 - Druck: Kübler Media Beverungen



Unabhängigkeit, Wohnort und Corona

ein Update von unserer Bürgermeisterkandidatin Jana Katharina Reineke

Seit der Bekanntgabe im Dezember 2019 habe ich mit vielen von Ihnen über meine Kandidatur als Bürgermeisterin gesprochen. Neben für Nieheim relevanten politischen Themen, die angesprochen wurden, habe ich immer wieder zwei Fragen gestellt bekommen, die ich heute gern aufgreifen möchte:

Werden Sie nach Nieheim ziehen, wenn Sie die Wahl gewinnen sollten?

Ganz klar: Ja, ich werde nach Nieheim ziehen. Schon heute habe ich meinen zweiten Wohnsitz hier angemeldet. Ich verbringe in der Regel von Freitag bis Dienstag meine Zeit hier vor Ort. In Minden wohne ich unter der Woche, um meinem Job bei Melitta nachgehen zu können.

Wie können Sie sich als unabhängige Kandidatin präsentieren, wenn Sie offiziell von der SPD unterstützt werden?

Ich habe mit allen in Nieheim agierenden Parteien und Wählergruppen konstruktive Gespräche geführt. Denn es sollte jedem klar sein, der dieses Amt anstrebt: Politik wird nicht von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister allein gemacht. In unserer Demokratie bestimmen auf kommunaler Ebene in erster Linie die Beschlüsse des Stadtrats, was konkret umgesetzt wird. Somit ist es auch als unabhängige Bürgermeisterin wichtig, einen guten Draht zu den Parteien zu haben. Dabei geht es mir weniger um parteiinterne Belange, als um Diskussionen und positive Auseinandersetzungen mit konkreten politischen Anliegen, die für Nieheim wichtig sind. Natürlich habe ich als Bürgermeisterin trotzdem auch eine eigene Meinung zu den Themen. In meiner Rolle verstehe ich mich als Bindeglied und Vermittlerin zwischen den Parteien, um gemeinsam die besten Lösungen für Nieheim zu erarbeiten und umzusetzen. Gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Parteien und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort will ich anpacken und gestalten.

Die SPD hat sich entschlossen, mich offiziell zu unterstützen, denn aus ihrer Sicht ist es Zeit für etwas wirklich Neues. Ich nehme diese Unterstützung gerne an. Die Mitglieder der Partei möchten mir helfen, und das ist eine tolle Voraussetzung. Aus meiner Sicht gibt es auch inhaltlich Gemeinsamkeiten.

Die Zeit vor der Wahl möchte ich natürlich weiterhin dafür nutzen, mit Ihnen persönlich in Kontakt zu treten. Leider ist dieses aufgrund der aktuellen Corona-Situation derzeit schwer möglich. Trotzdem nutze ich diese Zeit aktiv, um Gespräche tele-

fonisch oder digital zu führen und meine Ideen weiter auszuarbeiten und vorzustellen. Mir ist aber auch bewusst, dass derzeit andere Themen als der Wahlkampf Priorität haben. Unsere Gesundheit ist gefährdet, und wirtschaftliche Existenzen stehen auf dem Spiel.

Ich werde daraus keinen persönlichen Vorteil ziehen und deshalb das Thema Corona nicht in meinen Wahlkampf einbeziehen. Solidarität heißt auch manchmal, einen Schritt zurückzutreten und eigene Interessen und Pläne hintanzustellen, gerade weil mir Nieheim am Herzen liegt. Trotzdem beziehe ich den Umgang mit den Folgen der Corona-Krise, soweit diese heute überhaupt schon absehbar sind, in meine politischen Schwerpunkte für Nieheim ein.



Weitere Infos zu meiner Kandidatur finden Sie unter www.jana-reineke.de.